

Bezirksamtsvorlage Nr. 128

zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 19.07.2022

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der
Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 3339/V, Beschluss vom
21.06.2022 betrifft:

Wedding: Rathausvorplatz für alle II

2. Berichtersteller/in:

Bezirksbürgermeister von Dassel

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - „Wedding: Rathausvorplatz für alle II“
als Schlussbericht.

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur
Kenntnisnahme einzubringen.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich
Bezirksbürgermeister beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat:

b) Frauenvertretung:

c) Schwerbehindertenvertretung:

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: Wählen Sie ein Element aus.

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die
Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu
entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

Nein

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

Nein

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Nein

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Nein

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Nein

10. Mitzeichnung(en):

Bezirksbürgermeister von Dassel

Bezirksamt Mitte von Berlin
Bezirksbürgermeister

Datum: .07.2022
Tel.: 32200

Bezirksverordnetenversammlung
Mitte von Berlin

Drucksache Nr.: 3339/V

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

über Wedding: Rathausvorplatz für alle II

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 21.06.2022 folgende Anregung an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 3339/V):

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei der BIM dafür einzusetzen, dass die Schilder mit der Platzordnung für den Rathausvorplatz Wedding abmontiert werden, der Platz wie öffentlicher Raum behandelt und von allen Menschen genutzt werden kann.

Das Bezirksamt hat am 19.07.2022 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Das Bezirksamt hat der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) bereits umfassend dargestellt, dass sich die Platzordnung nicht gegen marginalisierte Gruppen richtet, sondern Bestandteil des zwischen verschiedenen Anrainer*innen (Bibliothek, Jobcenter/BIM, Semit Evi, Runder Tisch) und sonstigen Akteur*innen (Praktikerrunde, Platzmanagement) abgestimmten Konzeptes „ein Platz für alle“ (Drucksachen-Nr.: 0959/V) zur Reduzierung der bekannten Nutzungskonflikte am Leopoldplatz, am Rathausvorplatz und am Leopoldcenter am U-Bahnhof Leopoldplatz ist.

Die Aufteilung des Öffentlichen Raums in Funktionszuweisungen entzerrt die Nutzungskonflikte und stellt eine Nutzungsbalance her, die einzelne Zuweisungen auf eine breite Akzeptanzbasis durch unterschiedlichste Gruppen stellen. Das Konzept „ein Platz für alle“ wird dabei fortlaufend überprüft und weiterentwickelt. In diesem Zusammenhang wurde das Platzmanagement, eine Praktikerrunde und ein Platzdienst installiert, um auf Entwicklungen reagieren zu können.

Das Bezirksamt hat die Aufgabe, im gesamten öffentlichen Raum in Berlin-Mitte allen Bürger*innen eine friedliche Koexistenz auf öffentlichen Plätzen zu gewährleisten. Das bedeutet, dass unterschiedliche Bedürfnisse von älteren Menschen, Eltern mit Kleinkindern, Kindern und Jugendlichen aber auch von Alkoholkonsumierenden und obdachlosen Menschen im öffentlichen Raum bedacht werden. Das [Integrierte Handlungskonzept Leopoldplatz](#) nimmt darauf explizit durch das Handlungsfeld „Soziale Angebote“ Bezug, indem die soziale Wohnhilfe/mobile Sozialarbeit des Bezirksamtes Mitte regelmäßig vor Ort Unterstützung und Fixpunkt e.V. sozialarbeiterische Angebote für Drogenkonsument*innen anbietet.

Die Schillerbibliothek als Schwerpunktbibliothek für Kinder und Jugendliche hat ebenfalls auf dem Rathausvorplatz ihren Standort. Beim Umbau des Platzes wurde der sog. Lesegarten geschaffen, der explizit Kinder und Jugendliche zum Lesen im öffentlichen Raum

anregen soll. Zu beobachten ist regelmäßig, dass es eben jene Verstöße gegen die Platzordnung sind, die zu Ängsten bei den Bibliotheksnutzenden führen. Nach Alkoholkonsum werden Flaschen nicht entsorgt, sondern auf den Boden geschmissen. Glasscherben sind Gefahrenquellen, ebenso wie auf den Boden geworfene, benutzte Spritzen. Eine produktive Lernumgebung kann nicht entstehen, wenn dort zugleich Drogen konsumiert und gehandelt werden und dies zu inadäquatem Verhalten gegenüber den dort Verweilenden führt. Somit dient die Platzordnung auch der Sicherung von mehr Bildungsgerechtigkeit dieser vulnerablen Nutzengruppe im Wedding, die oftmals keine Ausweichmöglichkeiten zu öffentlichen Einrichtungen und Flächen hat.

In diversen Stellungnahmen von unterschiedlichen Fachbereichen innerhalb sowie außerhalb des Bezirksamtes wurde aus o.g. Gründen aus fachlicher Sicht ein eindeutiges Votum für den Erhalt der bestehenden Platzordnung geäußert. Diese Stellungnahmen wurden den BVV-Fraktionen - zusammen mit dem Angebot eines örtlichen Besichtigungstermins - frühzeitig zur Verfügung gestellt. Das Bezirksamt nimmt die deutlichen fachlichen Einschätzungen sehr ernst und hält auch weiterhin an dem erarbeiteten Konzept „ein Platz für alle“ fest. Durch die bestehende Platzordnung wird die Nutzung des Rathausvorplatzes durch alle Menschen letztendlich erst ermöglicht, indem sie einige Nutzungsarten in diesem Bereich einschränkt, diese jedoch an anderer Stelle in unmittelbarer Umgebung ausdrücklich sowie gezielt geduldet und sozialarbeiterisch begleitet werden.

A) Rechtsgrundlage

§§ 12 und 13 Bezirksverwaltungsgesetz

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

keine

Berlin, den

Bezirksbürgermeister von Dassel